



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bähr, O.: Die Militärvorlage und der Antrag Bennigsen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Militärvorlage und der Antrag Bennigsen



ie unter diesem Titel von der nationalliberalen Zentralleitung herausgegebene Schrift hat das Verdienst, die Sachlage klarer zu machen und denen, die den Verhandlungen des Reichstags und der Militärkommission nicht ganz zu folgen vermocht haben, die Fragen, um die es sich handelt, näher zu bringen. In der Annahme, daß wir damit manchen Lesern dieser Blätter einen Dienst erweisen, wollen wir zunächst auf das Thatsächliche der Lage etwas näher eingehn. *)

Seit Beginn des deutschen Reiches hat im Hinblick auf die Gefahren, denen Deutschland durch seine Lage inmitten von Europa ausgesetzt ist, das deutsche Heer stets von neuem verstärkt werden müssen. Seit dem 1. Oktober 1890 betrug die höchste gesetzliche Friedensstärke an Mannschaften und Unteroffizieren 486 983 Mann. Die wirkliche Friedensstärke jedoch betrug durchschnittlich nur 466 000 Mann. Die Dienstzeit ist bekanntlich durch die Verfassung auf drei Jahre festgesetzt. Thatsächlich wurde jedoch bei der Infanterie und Artillerie ein großer Teil der Mannschaft schon nach Ablauf des zweiten Dienstjahrs entlassen, sodaß sich z. B. bei den Entlassungen im Herbst 1892 ergab, daß nur 57 362 Mann auch das dritte Jahr hindurch gedient hatten.

Dem Gesetz nach ist zwar jeder Deutsche, wenn er gesund ist, dienstpflichtig. Die zu dem Dienst herangezogenen Mannschaften erschöpften jedoch bei weitem nicht die Zahl der Waffenfähigen, die alljährlich heranwachsen, sodaß von diesen ein großer Teil kraft des gezogenen Loses vom Dienste frei-

*) Ganz klar geworden sind freilich die Verhältnisse auch durch die Broschüre noch nicht. Namentlich lassen die vielen Zahlenangaben noch manches zweifelhaft. Auch die Begründung der Regierungsvorlage ist sehr dürftig. Dies zur Entschuldigung, wenn auch in diesem Aufsatz manches nicht völlig klar befunden werden sollte. — (Nachdem dieser Aufsatz zum Druck abgehandelt war, hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in zwei Artikeln „Fremtkörper“ dargelegt, die sie der Broschüre zum Vorwurf macht. Soweit als möglich, sollen diese Berichtigungen hier bei der Korrektur in Form von Anmerkungen nachgetragen werden. Übrigens beweist dieser Vorgang, wie sehr es zu wünschen wäre, daß die Militärverwaltung selbst eine gemeinschaftliche eingehende Darstellung der Sachlage veröffentliche.)

blieb. Seit dem Jahre 1880 war die Einrichtung getroffen, daß von den der Ersatzreserve zugewiesenen Dienstpflichtigen 17 bis 18 000 Mann drei Jahre hindurch zehn, sechs und vier Wochen einberufen und notdürftig für den Militärdienst ausgebildet wurden.

Nun hat Frankreich, das mit seiner Truppenzahl stets weitergegangen ist, seit dem Jahre 1889 abermals seine Truppen stark vermehrt. Es stellt jährlich 230 000 Rekruten mit fünfundzwanzigjähriger Wehrpflicht ein. Es hat demzufolge schon jetzt (1892) 3 200 000 ausgebildeter Soldaten, während Deutschland (1893) deren nur 3 032 000 Mann hat. Auch wenn man die Kräfte des Dreibundes zusammenrechnet, stellt sich das Verhältnis auf die Dauer ungünstig für ihn. Zwar ist für den Augenblick der Dreibund den Militärkräften Frankreichs und Rußlands noch um 400 000 Köpfe überlegen. Schon im Jahre 1896 würden aber die beiderseitigen Kräfte gleich sein; und da von da an die jenseitigen Kräfte alljährlich um 70 bis 80 000 Mann wachsen, so würden im Jahre 1914 den unsrigen, die nur 7 300 000 Mann betragen,*) 8 600 000 Mann auf der andern Seite (1 300 000 Mann mehr!) gegenüberstehen. Daraus entnahm die deutsche Heeresverwaltung die Pflicht, auch auf Vermehrung unsrer Truppen Bedacht zu nehmen.

Seit langen Jahren ging ein Begehren der liberalen Parteien dahin, die gesetzliche Dienstzeit von drei auf zwei Jahre abzukürzen. In dem Verfassungskampf der sechziger Jahre bildete dieses Begehren einen Hauptstreitpunkt. Die Heeresverwaltung hielt daran fest, daß eine dreijährige Dienstzeit zu einer gehörigen Ausbildung der Truppen unumgänglich nötig sei. Allerdings ist mit dieser Annahme schon seit längerer Zeit bis zu einem gewissen Maße gebrochen worden, indem ein großer Teil der Truppen schon nach dem zweiten Dienstjahre als Urlauber entlassen wurde. Jetzt wollte nun die Heeresverwaltung das Opfer bringen, für die Fußtruppen durchweg zur zweijährigen Dienstzeit überzugehen, wenn ihr dafür in anderer Beziehung ein die Schlagfertigkeit des Heeres erhöhender Ersatz gewährt würde.

Dieser Ersatz sollte zunächst in folgendem bestehen. Bisher wurde die Ausbildung der Truppen in jedem Bataillon dadurch sehr erschwert, daß dem Bataillon zugleich eine Menge unregelmäßiger Geschäfte oblag. Es mußte auch die Rekruten aufnehmen, die von vornherein für den Dienst außerhalb des Regiments (also für den Ordonnanz-, Schreiber- und Burschendienst) bestimmt waren, und sie möglichst schnell ausbilden. Es mußte ferner die zehnwöchige Ausbildung der Volksschullehrer und die dreiwöchige Ausbildung der Ökonomiehandwerker übernehmen. Es mußte endlich für die nachzuholende

*) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bemerkt, daß die Broschüre sowohl die Stärke des deutschen Heeres, als die des Heeres der andern Dreibundsmächte für das Jahr 1914 noch zu hoch berechne.

Ausbildung der erst im April eintretenden Einjährig-Freiwilligen, sowie des Nachersatzes für die Truppen sorgen.

Alle diese störenden Nebengeschäfte sollen nun den ordentlichen Feldbataillonen abgenommen und einem für jedes Regiment zu bildenden vierten Bataillon zugewiesen werden. Dadurch glaubt man, die Ausbildung der Truppen in den Feldbataillonen so steigern zu können, daß ein zweijähriger Dienst ausreicht.

Diese vierten Bataillone sollen dann auch eine Kompagnieschule abgeben und ferner den Rahmen für die sogenannten Ersatzbataillone bilden. Als solche sollen sie in jedem Sommer die einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes aufnehmen und mit diesen die Bataillonschule wieder durchmachen, auch im Regimentsverband zum Feldmanöver mit ausrücken. Hierdurch soll für den Fall der Mobilmachung der große Vorteil erreicht werden, daß in dem vierten Bataillon mit den ihm angehörenden aktiven Offizieren für die Ersatzbataillone ein fester Rahmen gegeben ist, in den sich diese einreihen können, und daß deshalb die Feldbataillone nicht durch Abgabe der Führer für die Ersatzbataillone gestört und geschwächt werden.*)

Durch das alles würde die Schnelligkeit der Mobilmachung und die Fähigkeit, sofort einen ersten Stoß zu führen, in hohem Grade erhöht werden.

Für diese vierten Bataillone werden nun 6228 Unteroffiziere und 27507 jährlich einzustellende Rekruten gefordert.

Bei den Verhandlungen in der Militärkommission trat die große Bedeutung der vierten Bataillone immer mehr in den Vordergrund. Ihr Nutzen wurde so überzeugend dargethan, daß selbst der freisinnige Abgeordnete Hünze (früher Offizier) sich „im Prinzip“ unbedingt zu ihren Gunsten erklärte.

Weiter fordert die Heeresverwaltung zum Ausgleich für das wegfallende dritte Dienstjahr eine Vergrößerung der Feldbataillone. Diese haben bisher eine verschiedene Stärke von 560, 600 und 660 Mann gehabt. Nun sollen viele der bisher auf einen geringern Bestand gesetzten Bataillone auf einen höhern Bestand, namentlich alle an den Grenzen stehenden Bataillone auf den höchsten Bestand gebracht werden. Es wird gesagt, daß beim Wegfall des dritten Dienstjahres die Mannschaft der übrig bleibenden „alten Leute“ bei schwach besetzten Bataillonen zu gering sei, einen festen Stützpunkt für die Schulung der Rekruten abzugeben, und daß namentlich bei einer Mobilmachung im Winter (also noch vor völliger Ausbildung der im Herbst eingestellten Rekruten) die Ausrückstärke der Bataillone ohne deren Vergrößerung zu schwach sein würde. Man wird aber wohl nicht fehl gehen, wenn man

*) Die Angaben der Broschüre über die Zwecke der vierten Bataillone werden in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung als unrichtig bezeichnet. Welche Zwecke nun aber die Bataillone eigentlich haben, läßt sich auch aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nicht klar erkennen.

annimmt, daß es dabei unsrer Heeresverwaltung um eine Vergrößerung unsers Heeresbestandes überhaupt zu thun sei.

Diese Vergrößerung würde zugleich zu einer Verjüngung des Heeres dienen. Durch die vermehrte Zahl der Eingestellten würde sich ermöglichen lassen, bei einem ausbrechenden Kriege zunächst mit den acht bis zehn jüngern Jahrgängen eine große Feldarmee aufzustellen, die die ersten Schlachten schließe. Dagegen würden die ältern, oft schon verheirateten Leute einstweilen zurückbehalten und geschont werden können. Darin würde ein großer Vorteil nicht allein für die Schlagfertigkeit des Heeres, sondern auch für die nationale Wirtschaft liegen.

Zur Ergänzung der Feldbataillone verlangt die Heeresverwaltung die jährliche Einstellung von 22 402 Rekruten.

Endlich fordert die Heeresverwaltung auch noch eine Verstärkung der Spezialwaffen, namentlich der Artillerie. Auch diese wird zur Gleichstellung unsers Heeres mit dem Heere Frankreichs als notwendig bezeichnet. Die dazu erforderliche Verstärkung wird auf 24 361 Mann berechnet, von denen die Hälfte zu zweijähriger, die andre Hälfte zu dreijähriger Dienstzeit heranzuziehen wäre. Dies würde einen Bedarf an Rekruten von rund 10 000 Mann ergeben.

Nach den bisher angegebenen Zahlen würden also infolge der Umgestaltung ungefähr 60 000 Rekruten mehr als bisher jährlich einzustellen sein, und so bezeichnet es auch die Begründung der Vorlage. Unsrer Broschüre berechnet aber, daß noch 7600 Rekruten für die Kapitulantenstellen, sowie 8000 Rekruten für den Nachersatz zur Ausfüllung der im Laufe des Jahres eintretenden Lücken hinzukommen. Darnach soll sich, wie die Broschüre annimmt, die Vermehrung der jährlich einzustellenden Rekruten auf 75 000 belaufen.*)

Es würde jedoch irrig sein, wollte man annehmen, daß sich nun auch um den doppelten Bestand dieser Rekruten die Friedenspräsenzstärke unsers Heeres vergrößere. Von diesen gehen nämlich die Mannschaften ab, die bis jetzt während des dritten Jahres im Dienst behalten wurden, und die in Zukunft entlassen werden. Sie betragen, wie bereits bemerkt, im Jahre 1892 57 362 Mann.

Nach alledem berechnet die Regierungsvorlage die durchschnittliche Friedenspräsenzstärke unsers künftigen Heeres ohne die Unteroffiziere auf 492 068 Mann, mit den Unteroffizieren aber auf 570 877 Mann.

Betrachten wir nun die Wirksamkeit dieser Reformvorschläge im ganzen, so wird damit zunächst der Grundsatz der allgemeinen Dienstpflicht, der unserm

*) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bezeichnet diese Berechnung als unrichtig. Die Kapitulanten kämen nicht in Betracht, weil sie aus den Leuten, die schon gedient haben, genommen würden. Es würden also in Wahrheit nicht 75 000, sondern nur etwa 60 000 Rekruten mehr eingestellt werden.

Gerechtigkeitsgefühl entspricht, wenigstens annähernd zur Wahrheit gemacht. Zugleich würde bei den Fußtruppen jeder Soldat die Gewißheit erhalten, nach dem zweiten Dienstjahr entlassen zu werden, was für den einzelnen eine große Wohlthat wäre und den Militärdienst überhaupt wesentlich erleichterte. Es fielen damit zugleich die üble Einrichtung der Dispositionsurlauber weg (daß nämlich ein Teil der Mannschaft schon nach dem zweiten Jahre entlassen wurde), eine Einrichtung, die nur allzu leicht als willkürliche Begünstigung der einen und Benachteiligung der andern empfunden wurde. Natürlich müßte das Recht jedes Soldaten auf Entlassung nach zweijährigem Dienst gesetzlich festgestellt werden. (Darin hat ohne Zweifel Herr von Bennigsen Recht.)

Es würden ferner die dreijährigen Übungen der Erfahreservisten wegfallen, durch die diese Leute in ihrem bürgerlichen Gewerbe oft sehr gestört wurden, und die doch zu keiner vollkommenen militärischen Ausbildung führten.

Man kann hiernach sagen, daß die Reform darauf abzielt, die schwere Militärlast durchweg gleichmäßiger auf die Schultern der einzelnen zu verteilen. Diesem Vorteil steht allerdings die Thatsache gegenüber, daß die Last selbst um ein bedeutendes vergrößert wird.

Damit aber erreichen wir — und das ist die Hauptsache —, daß wir Frankreich auch in der Zahl unsrer Truppen überlegen bleiben. Die deutsche Heeresverwaltung würde nach der neuen Organisation jährlich gegen 263 000 Rekruten einstellen und ausbilden.*) Frankreich vermag ein gleiches nur mit 230 000 Rekruten zu thun. Darin liegt die beste Bürgschaft für den Frieden Europas.

Wie hat sich nun der deutsche Reichstag zu diesen Forderungen gestellt?

Die konservativen Parteien haben anfangs dem Reformplan zum Vorwurf gemacht, daß er die dreijährige Dienstzeit aufgeben wolle. Viele Konservative haben seit langen Jahren, Hand in Hand mit der preussischen Regierung, die dreijährige Dienstzeit als Notwendigkeit verteidigt; und es ist natürlich, daß es ihnen schwer wurde, von diesem Gedanken, in den sie sich eingelebt hatten, abzugehen. Gleichwohl sind sie im Laufe der Verhandlungen vollständig auf die Seite der Regierungsvorlage getreten. Ihnen nachzusagen, sie hätten sich dazu erst entschlossen, nachdem sie gesehen, daß die Vorlage doch keine Aussicht auf Erfolg habe, halten wir nicht für gerechtfertigt.

Von den Sozialdemokraten brauchen wir nichts zu sagen. Ihre Haltung versteht sich von selbst.

Die freisinnige Partei und das Zentrum haben sich bereit erklärt, soviel Mannschaften für den zweijährigen Dienst mehr zu bewilligen, als durch die vollständige Entlassung der Mannschaften im dritten Jahre erspart werden.

*) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sagt: nicht 263 000 Rekruten, sondern nur 248 bis 249 000, also weit weniger, als die Broschüre annimmt, sollen jährlich eingestellt werden.

Das würde also eine Vermehrung der Rekrutenzahl um die Hälfte der erst nach dreijährigem Dienst entlassenen Mannschaften, also um rund 28000 Mann bedeuten. Daneben sollen die Übungen der Ersatzreservisten fortbestehen. Die Vertreter der Regierung haben dieses Angebot als völlig unannehmbar bezeichnet.

Der Führer der Nationalliberalen, Herr von Bennigsen, hat einen verminderten Antrag gestellt. Er erkennt zwar das Bedürfnis einer Vermehrung und Verjüngung unsers Heeres an; aber so weit, wie die Regierungen wollen, könne man doch nicht gehn. Er will, daß die Ordonnanzmannschaften u. s. w. (die übrigens von 58 auf 54 Mann herabgesetzt werden könnten), nachdem sie die eigentliche Rekrutenausbildung erhalten haben, sofort den Kompagnien der Feldbataillone überwiesen werden; dadurch könnten für die vierten Bataillone rund 4500 Mann Rekruten erspart werden. Er will ferner die Verstärkung der Feldbataillone nur für die an den Grenzen stehenden Truppen eintreten lassen, wodurch weitere 7975 Rekruten gespart werden sollen. Er will endlich bei den vorgeschlagenen Verstärkungen der Kavallerie 700, der Fußartillerie 2400, der Pioniere 2000 Rekruten absetzen, wodurch sich für die dritte Forderung der Regierungen nur ein Bedarf von 5000 (statt 10000) Rekruten ergebe. Darnach berechnet Herr von Bennigsen nur eine Mehreinziehung von 45000 Rekruten für erforderlich, und diese will er bewilligen. Zieht man davon die zur Ausgleichung für den entlassenen dritten Jahrgang dienende Summe von 28681 Mann ab, so ergibt sich, daß Herr von Bennigsen eine Mehreinstellung von rund 16300 Leuten gewähren will.

Die Kommission des Reichstags ist nur zu verneinenden Ergebnissen gelangt. Die zweite Beratung im Reichstag selbst steht bevor.

Bei Betrachtung dieser Verhältnisse drängt sich unwillkürlich folgende Vergleichung auf. Frankreich hat 38 Millionen Einwohner, Deutschland 50 Millionen. Das Verhältnis der Einwohnerzahl ist also fast wie 3 zu 4. In Frankreich bezahlt die Bevölkerung 58 Mark Steuern auf den Kopf, für die Landesverteidigung allein 32 Mark. Gegenüber stehen in Deutschland die Beträge von 22 und von 12 Mark. Gleichwohl hat Frankreich seit dem Jahre 1889 die Einstellung seiner Rekruten auf 230000 Mann erhöht, und man hat nicht gehört, daß im französischen Volke oder in dessen Vertretung die geringste Klage darüber laut geworden sei. Wollte es Deutschland Frankreich gleichthun, so müßte es nach Verhältnis seiner Bevölkerung mindestens 300000 Mann einstellen. Nun verlangt die Reichsregierung, um unsre Wehrhaftigkeit zu sichern, nur die Einstellung von etwa 263000 Mann.*) Da ertönt es fast von allen Seiten: Das ist unerschwinglich! Das ist unmöglich! Im deutschen Reichstage brechen darüber die entsetzlichsten Kämpfe aus. Muß da nicht jedem

*) Nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nur 249000 Mann.

Deutschen, der ein tieferes Gefühl für nationale Ehre hat, die Schamröte ins Gesicht treten?

Wir wollen den Antrag Bennigsen zunächst in seiner politischen Bedeutung betrachten. Wir würden den Antrag verständlich finden, wenn damit ein Versuch gemacht werden sollte, einen Teil des Zentrums und der Freisinnigen zu sich herüber zu ziehen und so eine Mehrheit wenigstens für einen Teil der Vorlage zu gewinnen, eine Grundlage, auf der dann den Regierungen ein Kompromiß hätte angeboten werden können. Sicherlich giebt es innerhalb der verneinenden Parteien Mitglieder, die zu patriotisch und auch zu klug sind, als daß ihnen bei der ihnen zudiktirten Fraktionspolitik nicht etwas unwohl zu Mute wäre. Es konnte sich lohnen, diesen Elementen eine goldne Brücke zu bauen. Vielleicht ist der Antrag ursprünglich auch in diesem Sinne gedacht gewesen. Nun hat aber, soviel äußerlich erkennbar ist, Herr von Bennigsen keine namhafte Zahl von Mitgliedern anderer Parteien für seinen Antrag zu gewinnen vermocht. Dann war es aber ein Fehler, daß er in der Kommissions-sitzung vom 17. März seinen Antrag mit aller Schärfe gegen den Reichskanzler begründete, als ob dieser der eigentliche Sünder wäre. Was sollte dieser thun? Sollte er, ehe noch Herr von Bennigsen eine Mehrheit für sich hatte, erklären, daß er sich schuldig bekenne, zu viel gefordert zu haben, und daß er sich nun mit dem wenigen begnügen wolle? Ein solches Sichselbst-aufgeben kann man doch wirklich einer Regierung nicht zumuten.

Auf denselben Standpunkt der Vorwürfe stellt sich nun auch die Broschüre. Sie beschuldigt den Reichskanzler eines „hartnäckig ablehnenden Verhaltens,“ die Regierungen der „befremdenden Zähigkeit.“ Sie wirft dem Reichskanzler vor, daß er die ganze Sache schlecht eingeleitet habe. Sie wirft ihm auch vor, daß er sich früher in anderm Sinne geäußert habe. Was hat das alles mit der Sache zu thun? Nicht das geringste. Wir sollen ja das, was von uns gefordert wird, bewilligen nicht aus Gefälligkeit gegen den Grafen Caprivi oder gegen die verbündeten Regierungen, sondern als ein Opfer für das Vaterland, d. h. zu unsern eignen Gunsten. Ist dieses Opfer notwendig oder auch nur ratsam, so müssen wir es bringen, wie auch der Reichskanzler gefehlt haben mag. Übrigens werden auch die Gegner des Grafen Caprivi anerkennen müssen, daß dieser mit bewunderungswürdiger Ausdauer und Geduld und in der Weise eines überzeugten, ehrlichen Mannes die Vorlage vertreten hat.

Über den sachlichen Wert der Vorschläge Bennigsens ist ja vom Laienstandpunkt aus sehr schwer zu urteilen. Ein offiziöser Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung sagt, der Antrag würde die geplante Wirkung der Vorlage in wesentlichen Bestandteilen nicht nur abschwächen, sondern aufheben. Herr von Bennigsen versichert das Gegenteil. Für viele wird aber das Urteil der Militärbehörde mindestens ebenso schwer wiegen, wie das

Bennigsens. Das, was bei dem Antrage Bennigsen auch für den Laien völlig klar ist, besteht darin, daß er eine geringere Zahl von Truppen einstellen will. Nun ist ja die Truppenzahl allein im Kriege nicht entscheidend. Der Ausgang der Schlachten hängt noch von mannigfachen andern Umständen ab. Aber diese Umstände haben wir nicht in der Hand, und es ist unzweifelhaft, daß bei sonst gleichen Umständen die größere Zahl ein Übergewicht giebt. Weshalb hätten denn sonst die Franzosen die Zahl ihrer Truppen so ungeheuer vermehrt? Bennigsen sagt, sein Vorschlag gewähre eine Friedenspräsenz von 539 000 Mann; das sei genug, denn die Franzosen hätten nur 525 000 Mann.*) Aber müssen wir nicht schon deshalb daran denken, sie zu überragen, weil wir, auch wenn wir mit Frankreich allein Krieg führen sollten, eine erkleckliche Truppenmasse nötig hätten, um unsre Ostgrenzen zu schützen? Jede Zahl, die eine bestimmte Grenze zieht, ist natürlich mit einer gewissen Willkür gegriffen. Eben deshalb ist es aber auch sehr gewagt und schließt eine große Verantwortung ein, wenn bei Fragen dieser Art, an die sich möglicherweise das ganze Geschick einer Nation knüpft, ein Parlament der Regierung gegenübertritt und sagen will: Das ist genug! Man sollte in solchen Fragen der Regierung die Verantwortung überlassen.

Ein besondres Gewicht legt Herr von Bennigsen auf den Einwand, daß der Reformplan gar nicht ausführbar sei, weil sich, wenigstens in den nächsten Jahren, die dazu nötigen Offiziere, Unteroffiziere und diensttauglichen Mannschaften nicht finden würden. Mit der Frage, wo diese herkommen sollen, habe Herr von Bennigsen — so sagt die Broschüre — die Militärverwaltung in eine „ziemlich peinliche“ Verlegenheit gesetzt. Die Militärverwaltung sagt: sie werden sich finden. Herr von Bennigsen sagt: sie werden sich nicht finden. Keine von beiden Voraussetzungen wird zu beweisen sein. Auch hier entsteht zunächst die Frage: Wo hat denn Frankreich die nötigen Offiziere und Mannschaften für seine verhältnismäßig noch viel größere Vermehrung der Truppen hergenommen? Und sollte das, was in Frankreich möglich ist, nicht auch bei uns möglich sein? Aber gesetzt, Herr von Bennigsen hätte Recht, und die nötigen Menschen fänden sich nicht. Dann würde sich damit die Sache von selbst korrigieren. Denn Offiziere und Unteroffiziere, die man nicht hat, wird man auch nicht anstellen. Und wenn man keine Lehrmeister für die Soldaten hat, so wird man auch die Soldaten nicht einberufen. Das Schlimmste wäre also, daß das dafür bestimmte Geld in den Kassen liegen bliebe. Ist hiernach die von Herrn von Bennigsen gehegte Besorgnis wohl ein Grund, von vorn herein der Sache entgegenzutreten?*)

Natürlich bildet den positiven Grund, weshalb man die Sache ablehnen

*) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bemerkt, nach dem Antrage Bennigsen würde die französische Rekrutenquote knapp erreicht werden.

*) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bezeichnet die von Herrn von Bennigsen vor-

will, die dem deutschen Volke aufgelegte neue Belastung. Wir hätten geglaubt, daß hierfür in erster Linie die vermehrte persönliche Belastung angeführt werden würde. Es ist in der That nichts geringes, daß Tausende, die bisher vom Militärdienst freibleiben, fortan dazu herangezogen werden sollen. Auf diesen Punkt legt aber die Broschüre das wenigste Gewicht. Sie sagt: „Mag auch diesen Leuten selbst das Freibleiben vom Dienst recht angenehm gewesen sein, so kann man doch vom staatswirtschaftlichen Standpunkt aus — auch in ihrem eignen Interesse — nur wünschen, daß sie den Heeresdienst ebenfalls durchmachen. Er ist doch zugleich eine treffliche Schule, sowohl für die körperlichen Kräfte, wie für die staatsbürgerliche Erziehung! Gemeinsinn, Ordnungssinn, auch Verwaltungssinn, und jedenfalls die Herrschaft über das eigne Ich wird in dieser Schule erworben.“ Man sieht hieraus, daß die persönliche Last doch auch ihre guten Seiten hat.

Dann bleibt also als die „unerschwingliche Last“ nur das Geld übrig. Die Broschüre berechnet, daß die jährlichen Kosten der Neubildung, alles in allem gerechnet, 78 bis 80 Millionen betragen würden. Woher sollen diese Kosten genommen werden?

Wir gestehen, daß diese Klage über die Kosten uns den schmerzlichsten Eindruck gemacht hat. Wenn eine Partei, die sich vorzugsweise eine nationale nennt, vor eine Frage dieser Art gestellt ist, dann, meinen wir, müßte sie sagen: „Wo die Ehre und die Existenz unsers Vaterlandes in Frage steht, kommt es auf die Kosten nicht an.“ Ist die Vermehrung unsers Heeres nicht nötig, dann unterlasse man sie, weil sie eben nicht nötig ist. Aber zu sagen: „Sawohl! sie wäre ganz gut, aber sie kostet zu viel!“ — das ist kläglich.

Bekanntlich hat die Reichsregierung zur Deckung der Kosten eine geringe Erhöhung der Brau-, der Branntwein- und der Börsensteuer vorgeschlagen. Da sagt nun die Broschüre: „Schon bei der ersten Lesung im Reichstage ist klar geworden, daß die Brau- und Branntweinsteuer Aussicht auf Zustandekommen nicht haben. Vorläufig bieten sich also nur die dreizehn Millionen aus der Börsensteuer dar. Wo die übrigen Mittel herkommen sollen, ist noch in Dunkel gehüllt.“ Warum aber haben Brau- und Branntweinsteuer keine Aussicht auf Erfolg? Stehen ihnen elementare Naturkräfte entgegen? Oder sind etwa Bier und Schnaps das Nationalheiligtum der Deutschen, an das nicht gerührt werden darf? Nein, die gedachten Gesetze haben keine Aussicht, weil unsre Parlamentarier nicht den Mut haben, den kleinlichen Interessen der Bier- und Schnapsinteressenten entgegenzutreten.

Aber die Broschüre ergeht sich noch in weitem erbaulichen Sägen. Sie sagt: „Es ist bei dieser Gelegenheit wieder scharf in Erscheinung getreten (!), daß wir im Reiche angesichts der weit vorgeschrittenen landwirtschaftlichen, genommene Berechnung schon deshalb als unrichtig, weil er davon ausgehe, daß 263 000 Mann jährlich eingestellt werden sollen.

gewerblichen und Handelsentwicklung eigentliche Objekte für ergiebigere Mittelbeschaffung kaum mehr besitzen.“ Gleich darauf wird aber gesagt: Im Vergleich mit andern Staaten sind unsre „steuerlichen“ (!) Verhältnisse noch leidlich annehmbar. Es werden nämlich an direkten und indirekten Steuern auf den Kopf der Bevölkerung gezahlt:

in Deutschland	22	Mark,
in Frankreich	58	„
in England	43	„
in Italien	34	„
in Österreich-Ungarn	28	„
in Belgien	27	„
in Holland	49	„

An ordentlichen Ausgaben für die Landesverteidigung werden gezahlt:

in Deutschland	12	Mark,
in Frankreich	32	„
in England	26	„
in Italien	22	„
in Österreich	14	„

Angeichts dieser Thatfachen wagt nun die Broschüre in dem obigen Satze zu sagen: Wir Deutschen sind bereits am Ende mit unsrer Steuerkraft! Wir können nichts mehr zahlen!

Entschuldigend wird dann freilich noch gesagt, daß, wenn wir auch nach jener Vergleichung am günstigsten gestellt seien, wir doch dafür sorgen müßten, daß nicht eine Verschiebung dieses Verhältnisses zu unsern Ungunsten eintrete. Nun würde die Neubildung, auch wenn man ihr die obige größte Kostenberechnung zu Grunde legte, für den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Mehrbelastung mit 1,60 Mark herbeiführen. In den obigen Tabellen würden darnach für Deutschland an Stelle der Zahlen 22 und 12 die Zahlen 23,6 und 13,6 treten. Nun sehe man sich einmal die übrigen Zahlen an, und dann fragen wir: Würde mit jener Änderung auch nur eine nennenswerte Verschiebung der Verhältnisse zu unsern Ungunsten eintreten?

Mit besonderm Nachdruck wird dann noch betont, daß um so mehr Sparsamkeit geboten sei, als im gegenwärtigen Augenblicke dem Reiche und dem Staate für die Erfüllung aller Kulturzwecke „geradezu beschämende Einschränkungen“ aufgezwungen seien. Nun kann man allerdings die Beschränkung der Ausgaben für Kulturzwecke beschämend finden, wenn man bedenkt, daß das deutsche Volk für Bier, Branntwein und Tabak mehr als zwei Milliarden jährlich ausgiebt. Aber noch weit beschämender ist es doch, wenn ein Volk da knausert, wo seine Ehre und seine Existenz auf dem Spiele steht. Würden wir in einem Kriege besiegt, so würden wir uns für Kulturzwecke noch ganz andre Beschränkungen auferlegen müssen.

Also weg mit der Geldfrage! Sie kommt bei der Frage einer Heeresreform gar nicht in Betracht. Ist diese notwendig, so müssen sich die Mittel

dazu finden. Und sie werden sich mit Leichtigkeit finden, wenn man nur will.

Der Antrag Bennigsen und der Umstand, daß dieser Antrag seine Schärfe weniger gegen die verneinenden Parteien, als gegen die Regierungsvorlage kehrt, wird sich auch bei dem für den Fall einer Auflösung des Reichstags eintretenden Wahlkampf (der furchtbar genug ausfallen würde) rächen. Die Frage: Wollt ihr eine größere Wehrhaftmachung unsers Heeres oder nicht? würde unser Volk verstehen. Drängt sich aber eine dritte Frage dazwischen: Wollt ihr die halbe Wehrhaftmachung oder die ganze? so wird das vielen unverständlich sein. Die Gegner der Vorlage werden es geschickt benutzen, daß sie sagen können: „Selbst die Nationalliberalen haben die Vorlage nicht annehmbar gefunden.“ Was wird daraus werden?*)

Es ist schon vielfach bemerkt worden, daß die gegenwärtige Sachlage die größte Ähnlichkeit hat mit der Sachlage, die sich vor dreißig Jahren in Preußen darbot. Wird die Regierungsvorlage vom Reichstage abgelehnt, so treiben wir allen Umständen nach einem Konflikt entgegen. Die verneinenden Parteien werden sich vielleicht, wenn sie auf die schmerzlichen Lehren der damaligen Zeit zurückblicken, damit trösten, daß ihnen heute nicht der mächtige Geist gegenüberstehe, der damals die Geschicke Preußens lenkte. Aber in einer andern Beziehung ist ihre Stellung doch minder günstig. Vor dreißig Jahren war das Mißtrauen gegen die preussische Regierung so weit verbreitet, daß auch die große Mehrzahl der Gebildeten hinter dem Abgeordnetenhaus stand. Heute würde das anders sein. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß einer großen Zahl der Gebildeten deutscher Nation die Art und Weise, wie der heutige Reichstag seine Geschäfte betreibt, herzlich zuwider ist.

W. Bähr



Bilder aus dem Westen

Von E. Below

1. Kansas City



och dort oben, wo Sie die Zinnen der vierzehnstöckigen Geschäftspaläste sehen, dort hatte ich vor acht Jahren noch mein Kartoffelfeld, sagte der Stadtkemiker Dr. Hunter zu mir, als er mich durch das Geschäftsgewühl des belebtesten Straßenviertels und Mittelpunktes von Kansas City führte. Aber geben Sie Acht, setzte er hinzu, indem er meinen Arm ergriff, sonst werden Sie

*) Inzwischen hat die Nationalzeitung die nationalliberale Partei dagegen verwahrt, daß sie durch den Antrag Bennigsen festgenagelt sei.